

An die Presse

Bitte um Veröffentlichung!

Datum 25.11.2023

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV-Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

**Erinnern an Wahlversprechen und Faktencheck - Zukunftsplan Wasser
Hessen hilft der Umweltschonende Grundwassergewinnung - Positive
Tendenzen bei der Klimaanpassung in der Praxis nur vereinzelt angekommen
- Neue Landesregierung und Kommunen verantwortlich für die weitere
Umsetzung - Aktueller Regen kein Grund zum Zurücklehnen**

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Sascha Spielberger

Schriftführer
Heiko Stock

Schatzmeister
Edwin Schneider

Beisitzer
Dr. Anne Archinal
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof
Peter Weiß

Der hessische Zukunftsplan Wasser und seine praktische Umsetzung im Sinn der Umweltschonenden Grundwassergewinnung haben in den letzten beiden Jahren Fortschritte gemacht. Allerdings ist diese Entwicklung zaghaft, kann an der Politik jederzeit noch scheitern und kommt in vielen Bereichen gewaltig zu spät. Zu diesem Ergebnis kommt die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) in ihrer aktuellen Zusammenschau der Fakten bei der längst überfälligen Klimaanpassung der Wasserwirtschaft. Um die positiven Tendenzen bei der Grundwasserschonung zu stärken und zu beschleunigen, hat sie die potenziellen Koalitionspartner einer künftigen Landesregierung aufgefordert, zusammen mit den Kommunen konsequent die Maßnahmen des Zukunftsplans zu realisieren. Denn die Parteien hatten sich vor der Wahl überwiegend dafür ausgesprochen.

Um die Umsetzung nicht scheitern zu lassen, muss das Land in 2024 die drei wichtigsten Grundlagen schaffen, die im Zukunftsplan vorgegeben werden: ein Finanzierungsinstrument, aus dessen Aufkommen das Land effektive Anpassungsmaßnahmen finanziell fördert, einen technischen Gebäudemindeststandard für das Einsparen von Trinkwasser auch durch das Verwenden von Betriebswasser sowie ein unabhängiges Wasserkompetenzzentrum des Landes zwecks Programmsteuerung und Beratung von Akteuren. Und es muss seinem eigenen, ebenfalls festgeschriebenen Anspruch gerecht werden, bei allen Anpassungsmaßnahmen in seinen eigenen Liegenschaften und Programmen eine Vorreiter- und Vorbildfunktion zu erfüllen. Eine entsprechende Selbstverpflichtung darf im künftigen Koalitionsvertrag nicht fehlen. Denn bei der praktischen Realisierung z.B. der Betriebswassernutzung hat das Land in den letzten Jahren u.a. bei seiner Nassauischen Heimstätte und den Universitätsneubauten kläglich versagt.

Wichtige Anpassungsinitiativen haben auch einige andere Einzelakteure ergriffen. So hat eine Arbeitsgruppe mit dem Städte- und Gemeindebund eine Zisternenmustersatzung veröffentlicht, die es den Kommunen endlich ermöglicht, für ihren Versorgungsbereich zwecks Entlastung eine Betriebswassernutzung vorzuschreiben. Ebenso greift eine neue, rechtssichere Musternotstandsverordnung den Kommunen unter die Arme, mit der bei drohendem Wassermangel der Verbrauch stufenweise eingeschränkt werden kann. Einzelne Kommunen haben allerdings schon davor diese und ähnliche Maßnahmen des Zukunftsplans in ihre Verwaltungsroutinen integriert.

Ein herausragendes, beispielgebendes Pilotprojekt zur Grundwasserschonung, das in den letzten beiden Jahren konkrete Formen angenommen hat, treibt ausgerechnet der Wasserverband Kinzig WVK voran, der nicht nur nach Ansicht der SGV früher rücksichtslosen Grundwasserraubbau betrieben hat. Wie bei der Vorstellung seines 'Jahresberichts 2022' im Oktober 2023 erläutert wurde, will er bei Bad Soden ab 2028 pro Jahr bis zu 9 Mio. Kubikmeter Stauseewasser ohne Bodenpassage zu hochwertigem Trinkwasser aufbereiten. Durch ein flexibles Kombinieren von Grund- und Oberflächenwassernutzung sollen damit die Trinkwasserversorgung auch in extremen Trockenzeiten abgesichert und die Grundwasserneubildung erheblich unterstützt werden.

Sollte diese Methode der grundwasserunabhängigen Versorgung Schule machen, und sollte zudem das System der örtlichen Betriebswasserversorgung endlich flächendeckend realisiert werden, würde die Klimaanpassung einen gewaltigen Umsetzungsschub erfahren. Deshalb arbeitet die SGV in Kooperation mit anderen Verbänden intensiv an der weiteren Maßnahmenumsetzung des Zukunftsplans mit. Je mehr kommunale Wasserkonzepte große Teile des Maßnahmenkatalogs übernehmen, und je mehr Kommunen wie z.B. Altstadt und Florstadt die ganzjährige Betriebswassernutzung in B-Plänen vorschreiben, desto größer sind die Erfolgsaussichten.

Leider aber fehlt es gerade in vielen Verbrauchsgebieten immer noch an der Einsicht, dass die konsequente Klimaanpassung wichtiger ist als das Geldverdienen durch Trinkwasserverkauf. So wird der Trinkwasserverbrauch in Frankfurt nach wie vor durch riesige Neubauprojekte wie die DFB-Akademie oder die neuen Hochhauskomplexe völlig unnötig, aber offensichtlich profitabel, hochgetrieben. Hier, wie in anderen Städten des Ballungsraums auch, rauschen allen Versprechungen von Entscheidungsträgern zum Trotz in den Neubauten für die nächsten 100 Jahre große Trinkwassermengen durch die WC-Spülungen und Waschmaschinen. Obwohl genügend Betriebswasser vor Ort wäre.

Dieses nicht wiedergutzumachende, politisch gewollte Versäumen von Substitutionspotentialen ist immer noch eine gängige Praxis, die den Zukunftsplan Wasser und die Umweltschonende Grundwassergewinnung torpediert. Daran werden auch neue Förderprogramme wie die Frankfurter Bezuschussung für Regenwasserversickerung und Rückhalte-Zisternen nichts ändern. Solange Baugenehmigungen nicht von einer ganzjährigen Betriebswasserversorgung abhängig gemacht werden, wird die Trinkwasserverschwendung weitergehen. Förderprogramme werden ohnehin erst dann glaubwürdig, wenn die entsprechenden Anlagen wie im Fall Frankfurt von städtischen Unternehmen wie der ABG tatsächlich gebaut und betrieben werden.

Das gilt ebenfalls für die weitere Umsetzung des Zukunftsplans. Hier stehen jetzt das Land und die Kommunen, aber auch alle anderen Beteiligten wie Bauträger, Planer, Versorger sowie die Berufs- und sonstigen Verbände mit ihren Netzwerken in der Verantwortung.

Wie in den letzten Jahren wiederholt aufgetreten, braucht es zur breiten Umsetzung des Zukunftsplans wohl aber, neben dem laufenden Anmahnen seitens des Naturschutzes, erst noch weitere verheerende Dürreperioden. Denn viele uneinsichtige Entscheidungsträger behaupten jetzt schon wieder, die ausgiebigen Niederschläge der letzten Wochen würden beweisen, dass ein Weitermachen-wie-bisher möglich wäre. Was den Analysen der Hessischen Landesanstalt für Umwelt widerspricht: 2023 haben die trockenen und heißen Monate Mai und Juni die Wasserstände stark sinken lassen, der viele Regen in Juli und August wurde von der Vegetation verdunstet, September und Oktober waren zu trocken und zu warm, und die ausgiebigen Niederschläge seit Mitte Oktober haben gerade mal eine ausreichende Bodenfeuchte erzeugt. Das sind die Fakten – alles andere ist Wunschdenken. Wer in der Wasserwirtschaft nicht langfristig vorbeugt, darf sich später über Notstände nicht wundern.